

ufen-ask. ATIONS & Films ert.

U. I. O. G. D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

25. Jahrgang No 6

Münster, Saal, Donnerstag, den 18 März 1926

Fortlaufende No. 1150

Welt-Rundschau.

Ein oder Nichtsein? Das ist die Frage des Völkerbundes

Am 12. März trat im Völkerbundrat zu Genf eine völlige Stofung ein, er war auf dem toten Punkte angelangt. Die Schuld hierfür schieben englische Zeitungen, außer den Regierungsblättern, fast einstimmig dem Außenminister Chamberlain in die Schuhe, der französische Patrie unterstützte. Ein Geist des Reformismus durchzieht ihre Spalten. Seine Ungeschicklichkeit (blunder), schreibt der New Statesman, ist ein Verbrechen — das Verbrechen, Hintertreppen-Verhandlungen in die Methoden von Weis eingeführt zu haben, und das bloß, um sich selbst aus der Schlinge zu ziehen. Wenn Deutschland abgewiesen wird, dann ist der Völkerbund praktisch tot — getötet von dem Betrug von Locarno (Chamberlain). — Die Westminster Gazette sagt: Wenn der Völkerbund die staunenerregende Wiederbelebung der schismatischen Phasen der geheimen Diplomatie und das Vorordnen nationaler Interessen überlebt, welche zu töten der Völkerbund geschaffen wurde, — und diese haben sich in der unangenehmen Weise gezeigt — dann sollte er irgendeiner anderen Kritik mit weit geringerer Gewalt begegnet werden.

Die Stofung wurde herbeigeführt einerseits durch die unangenehme Haltung Deutschlands, welches darauf besteht, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt allein einen ständigen Sitz im Rat des Völkerbundes erhalte und daß überhaupt jetzt keine weitere Umwidmung in dieser Körperlichkeit vorgenommen werden; andererseits durch die ebenso unangenehme Forderung Spaniens und Brasiliens, jetzt gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz zu erlangen; ferner durch das beharrliche Bestreben Frankreichs, unterstützt von Chamberlain, für Polen jetzt wenigstens einen nichtständigen Sitz zu schaffen; am allermeisten aber durch die nazweidutige und unerschütterliche Haltung des schwedischen Außenministers M. Uden. Dieser erklärte in klarer Sprache, Schweden werde gegenwärtig in jedem Falle gegen die Zulassung irgendeiner anderen Nation außer Deutschland stimmen, sogar wenn Deutschland selbst nachgeben würde. Schweden nimmt jetzt einen nichtständigen Sitz ein, wie auch Spanien und Brasilien. Zur Aufnahme einer neuen Nation in den Rat des Völkerbundes ist einstimmigkeit aller Vertreter der dazu gehörigen Völker notwendig, ohne Unterschied, ob sie darin einen ständigen oder einen nichtständigen Sitz einnehmen. Somit sang irgendein einzelner Vertreter die Aufnahme Deutschlands oder irgendeiner anderen Nation, sei es für einen ständigen oder nichtständigen Sitz, verhindern.

Am 11. März kehrte Briand, der wegen der Regierungskrise in Frankreich nach Paris geeilt war, nach Genf zurück. Während seiner Abwesenheit waren keine amtlichen Sitzungen abgehalten worden, obgleich sonst auf allen Seiten die regste Tätigkeit herrschte, um den Äußer zu entwirren. Statt dessen hatte sich die Lage bedeutend ver-

schlimmert. Die auf Briands Ankunft geleiteten Hoffnungen verwirklichten sich in keiner Weise. Zu Gezeiten kam es durch seine Bemühungen zur Lösung d. Frage nur dazu, daß sich d. Vertreter der betreffenden Staaten nur noch mehr auf den von ihren Regierungen diffinierten Standpunkt verteilten. Da der Rat zu keinem Resultate gelangte, beschloß er, die Sache den Zeichnern des Locarno-Paktes zu überweisen. Doch dadurch war nichts gewonnen und die Sache kam unerledigt wieder an den Rat zurück.

Auf die deutschen Vertreter war von verschiedenen Seiten eingewirkt worden, um sie einigermassen zum Nachgeben zu bewegen. Man hielt ihnen für diesen Fall verschiedene Vorteile vor Augen, besonders die Vermeidung der Besatzungstruppen im Rheinland, Verrückung der Besatzungszeit usgl. Doch ließen sie sich auf solche Zukunftsmöglichkeiten und einen Schaden hierfür nicht ein, sondern bemerkten, die Frage der Besatzung gehöre nicht vor den Völkerbund, sondern gehe alle Zeichen des Vertrages von Versailles an. Auch wiesen sie einen Kompromiß vor, nämlich ab, der in eine zeitlich schuldige Form gekleidet war. Der selbe lautete folgende Punkte: 1.) Deutschland soll sofort in den Völkerbund eintreten; 2.) die Forderung Spaniens und Brasiliens soll einer Kommission zum Studium übergeben werden; 3.) es soll ein neuer, nichtständiger Sitz geschaffen werden und der Rat soll die Nation bestimmen, welcher derselbe zugewiesen werde. Die deutschen Vertreter, die durch ihre Erfahrung von Locarno gewarnt waren, wollten sich nicht mit verbindlichen Aussagen auf einen Weg führen lassen, der mit Rollen und Aufhängen befeuert schien.

Diese sind in der Tat im Vordergrund leicht erkennbar. Deutschland sollte sofort in den Völkerbund eintreten, nicht aber in den Rat aufgenommen werden. Dadurch hätte es seine Arbeit, das Gefühl um Aufnahme zurückzugeben, preisgegeben, es hätte sich an den Völkerbund gebunden, ohne zu wissen, ob seine Zugehörigkeit zu dieser Körperlichkeit ihm nicht mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Aus dem Völkerbunde würde er auszutreten, wäre für Deutschland viel schwieriger und würde weit mehr Aufregung und Verwirrung verursachen, als sich ganz und gar von ihm fernzuhalten.

Nachdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes wäre, würde die aus dem Schoß des Rates gebildete Kommission die Frage des Eintrittes Spaniens und Brasiliens in den Rat des Völkerbundes höchst wahrscheinlich in dem Sinne studieren, daß dieser Eintritt als notwendig erachtet würde. Deutschland wäre nicht mehr in der Lage, als Mitglied des Völkerbundes dagegen zu protestieren, etwaige Proteste würden von allen Seiten als unbedeutend bezeichnet werden, zumal es durch Anerkennung einer solchen Kommission sich indirekt bereits mit dem Ergebnis ihres Studiums einverstanden erklärt hätte.

Zu dem Vordruck war die Nation nicht genannt, welcher der zu schaffende nichtständige Sitz übergeben werden sollte. Doch es ist klar wie das Sonnenlicht, daß Polen die sicherer Staat ist. Und so wäre auf Umwegen gerade das zustande gekommen, was man vermeiden wollte.

menen Deutschland in der Gegenwart mit seinen Lebensinteressen für unvereinbar hält.

Nachdem Deutschland diesen Kompromiß abgelehnt hatte, sagte Chamberlain: Wir stehen vor einer wirklichen Tragödie und man kann nicht voraussagen, was die Reaktion sein wird. Die Tragödie ist auch, daß gerade Deutschland dies getan hat. Dieser poetische Erguß, in trockene Prosa überfetzt, heißt, daß Deutschland daran schuld sein wird, wenn der Völkerbund aus dem Zusammenbruch der Welt hervorgeht. Die Schuld am Weltkrieg auf Deutschland abzuwälzen, so verurteilt Chamberlain auch hier wieder seine eigene und seiner französischen Freunde die Schuld auf Deutschland abzuwälzen. Nur gut, daß diesmal nicht die ganze englische Presse mit dem Finger auf Chamberlain zeigt, und ausruft: „Du selbst bist der Schuldige!“

Nach der geheimen Sitzung des Völkerbundes am 12. März, worin vor allem durch den Widerstand des schwedischen Vertreters die Pläne Briands und Chamberlains vereitelt wurden, hat man sowohl Chamberlain als Briand, gebundene Unterredungen mit M. Uden, umherzuwandern Spanien und Brasilien Not an die lapidäre Frage, worin sie sich über die unangenehme Haltung ihres Vertreters befragten. Von Spanien aus gelang dies sogar in einem mit verbindlichen Tönen und unter der verschleierte Forderung, daß dies möglichst bald den Hand-Isvertrag zwischen Spanien und Schweden beizulegen sollte.

Chamberlain beklagt sich, daß er durch seine Haltung die Erzielung des Völkerbundes aus dem Spiel setze. Auch erklärte er Unterredungen für unmöglich, wenn ein Auslandsminister mit seinen Angehörigen noch Genf käme. Diese Punkte wurden offenbar durch den Vorwurf, den Schweden erhebt, daß nämlich die Großmächte, vor allem England, d. h. Chamberlain, Schweden zu einem Abkommen über Vergrößerung des Völkerbundes zu zwingen hielten.

Auf den zweiten Punkt erwiderte Uden mit Recht, er sei keineswegs der Einzige, der mit seinen Angehörigen gekommen sei. Jedem wolle geltend machen, was eben wenigstens von den Vertretern Spaniens und Brasiliens. Zudem veränderte er, daß er durch sein Eintreten für Deutschland allein zu dieser Zeit gerade den höchsten Interessen des Völkerbundes diene.

Es ist gar kein Zweifel, daß Uden mit leiserer Bezeichnung ein wichtiges Wort ausgesprochen hat. Geht den Rat, es würde Chamberlain und Briand gelassen, Schweden und Deutschland zur Nachgiebigkeit zu bewegen, so wäre dieser Sieg die schlimmste Niederlage für den Völkerbund. Wenn der Völkerbund bleibt, was er bisher war, der Vertreter der Sonderinteressen der großen Siegernationalen gegen die Interessen der kleinen Völker und der Fremder, eine neue Regierung bilden, was Briand jedoch ablehnt. Es kommt nicht von ihm erwartet werden, meinte er, daß er jetzt die Schweden wieder zusammenbringe, nachdem man die Schüssel auf keinen Kopf zerbrochen habe. Am folgenden Tage berief Donnerstag der Führer der radikalen Partei, der ehemalige Premier Herriot. Doch dieser, zehrt noch an seiner früheren Erziehung und hat gegenwärtig

nis von Locarno zu vereiteln, so hat der Völkerbund ein für allemal das Vertrauen nicht bloß Deutschlands, sondern der ganzen Welt verloren. Was aber kann von größerer Wichtigkeit für ihn sein, wenn er sich wirklich für eine Friedensmission, berufen fühlt, als allseitiges Vertrauen? Wenn trotz der Bemühungen Briands und Chamberlains und trotz des Widerstandes der von ihnen eingeschalteten Länder das Einverständnis von Locarno in dem „Geiste von Locarno“ zur Ausführung kommt, so ist das zwar für Briand und Chamberlain eine persönliche Niederlage. Sie haben eine solche Niederlage verdient. Es wäre auch eine Demütigung für die Länder, die gerade jetzt in d. Rat des Völkerbundes hineingeworfen sind, wenn sie sich nicht unterwerfen, weil sie hinterlistigen und unredlichen Führern folgen. Doch der Völkerbund selbst hätte dann in dieser Krisis einen Keimungsprozess durchgemacht, er konnte sich von jetzt an mit blanker Schilde seiner Mission, der Befriedigung der Welt widmen. Ingleich würde die gemachte Erfahrung den Völkerbund zur Warnung dienen und sie daran erinnern, daß christlich am längsten währt. — Zu erwähnen ist noch, daß Briands Bemühungen bei Uden ebenfalls erfolglos waren, wie die Chamberlains.

Die Ausgang der Krisis läßt sich noch nicht voraussagen. Am 15. März traten Spanien keine Verhandlungen auf die Tagesordnung. Er erklärte, er werde gegen die Aufnahme Deutschlands in den Rat des Völkerbundes stimmen, falls nicht Deutschland seinen Standpunkt ändere. Da sich ein Abbruch einmündig sein muß, so könnte Brasilien den Eintritt Deutschlands verhindern. Welchen Eindruck die Drohung auf den Rat machte, ist ersichtlich aus dem Appell desessen an die Regierung von Rio de Janeiro, dem brasilianischen Vertreter zu erlauben, für Deutschland zu stimmen. Ingleich hielten die Vertreter der übrigen lateinisch-amerikanischen Staaten eine Verhandlung und erklärten, der Eintritt Deutschlands in den Rat sei hauptsächlich eine europäische Angelegenheit und amerikanische Staaten sollten sich nicht einmischen zu verhindern. Der eifrige während Brasilien als Vertreter für eine neue Verwirklichung des Zaubers sei: „Die Gefahr, die ich sehe, die wird sich nicht mehr lösen.“

Offenbar wird es gelingen, die Krisis nach dem Sinn und Geist von Locarno zu lösen. Denn man der Völkerbund tritt immer häufiger als ein Zeichen für die friedliche Weltlichkeit werden. Gelingt aber dieses nicht, so ist höchst wahrscheinlich die Welt ohne ihn besser dran; denn er wäre unter allen Umständen der verderblichste.

Das neue Ministerium in Frankreich

Unmittelbar nach dem Sturz des Kabinetts erklärte Präsident Doumergue den ehemaligen Premier, eine neue Regierung bilden, was Briand jedoch ablehnt. Es kommt nicht von ihm erwartet werden, meinte er, daß er jetzt die Schweden wieder zusammenbringe, nachdem man die Schüssel auf keinen Kopf zerbrochen habe. Am folgenden Tage berief Donnerstag der Führer der radikalen Partei, der ehemalige Premier Herriot. Doch dieser, zehrt noch an seiner früheren Erziehung und hat gegenwärtig

(Fortsetzung auf Seite 1.)

Die Tragödie Südtirols

(Schluß)

Die italienische Strömung in Südtirol gelangt am vollendetsten zum Ausdruck in dem Fall von Zuhorn. Diese südliche Gemeinde Südtirols besteht überwiegend aus Deutschen. Trotzdem wurde der deutsche Priester abgesetzt. An seine Stelle trat ein italienischer Geistlicher, der in veredeltem Gotteshaus seines Amtes waltete. Diese Nationalisierung der Religion, andere kann man es wohl nicht nennen, hat die religiöse Gemüts der Deutschen außer Acht gelassen. Würde die Regierung auf diesem Wege fortfahren, und daß es es mit, werden die letzten Letztbrot aus der neuesten Zeit so würde die Religion den kulturellen Schaden leiden. Der Nationalismus scheint darauf wenig Rücksicht zu nehmen. In standesgemäßes, als die italienische Strömung in Südtirol den Plänen der Nationalisten entgegenzusetzen würde, die nachfolgend der großen Berg, sein Ziel im Jahre 1897 ihren Willkür mit den Worten eingeschrieben wurden: „Wir haben in diesem Lande ein Nationalherd unsterblich gearbeitet.“

Es liegt sich eine Reihe von Einwirkungen ausführen, aus denen hervorgeht, daß Italien gerade in jenen Tagen die die politische Entwicklung der Region betreffen, die die Interessen der italienischen Regierung und höher als das die Nationalisten im Auge fassen.

Der spanische Botschafter hat eine Reihe von Maßnahmen ausführen, aus denen hervorgeht, daß Italien gerade in jenen Tagen die die politische Entwicklung der Region betreffen, die die Interessen der italienischen Regierung und höher als das die Nationalisten im Auge fassen.

(Fortsetzung auf Seite 1.)

Deutschen, die irgendeine vom Wohlwollen der Behörden abgesehen sind, erweisen und vor allem finanzielle Beihilfe leisten. Der Gehalt deutscher Väter in öffentlichen Lokalen wird nicht selten mit der Sperrung des Gasthauses geahndet. Sogar die intimste und wohl auch politisch harmlose und natürliche Betätigung der Sonderart ist in Ketten gelegt.

Die Förmung des Wirtschaftsbereichs wird allmählich in italienische Hände gebracht. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Verbot des freien Grundbesitzes. Die Verstaatlichung des Grundbesitzes ist die Voraussetzung für die Nationalisierung des Grundbesitzes. Die Nationalisierung des Grundbesitzes ist die Voraussetzung für die Nationalisierung des Grundbesitzes.

Die Förmung des Wirtschaftsbereichs wird allmählich in italienische Hände gebracht. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Verbot des freien Grundbesitzes. Die Verstaatlichung des Grundbesitzes ist die Voraussetzung für die Nationalisierung des Grundbesitzes. Die Nationalisierung des Grundbesitzes ist die Voraussetzung für die Nationalisierung des Grundbesitzes.

(Fortsetzung auf Seite 1.)